



**„Wer die innere Sicherheit leichtfertig aufs Spiel setzt,
gefährdet unsere gemeinsame Zukunft!“**

Leitantrag zum Landestag 2016

am 17./18. September 2016 in Bad Zwischenahn

Verfasser:

Fabian von Lübken
Franziska Lammert

Einleitung

1 Im Jahr 2015 wurden laut Polizeilicher Kriminalstatistik in Deutschland 6.330.649 Straftaten registriert,
2 was gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg von 4,1% bedeutet (2014: 6.082.064 registrierte Straftaten).
3 Auch wenn der Anstieg der Anzahl der registrierten Straftaten beinahe ausschließlich auf die hohe Zahl
4 an ausländerrechtlichen Verstößen infolge der Flüchtlingskrise zurückzuführen ist und sich die Anzahl
5 der registrierten Straftaten ohne ausländerrechtliche Verstöße nur leicht auf 5.927.908 (2014:
6 5.925.668) erhöht hat, so handelt es sich dennoch um beunruhigende Zahlen.¹

7 Die innere Sicherheit in Deutschland ist aktuell so stark gefährdet, wie seit vielen Jahren nicht mehr. Zu
8 den bereits seit Jahren bestehenden Gefahren für die innere Sicherheit wie etwa der Organisierten Kri-
9 minalität, sind in den letzten Jahren neue Gefahren hinzugetreten, wie bspw. der dramatische Anstieg
10 von Wohnungseinbrüchen. Auch die durch die Flüchtlingskrise bedingte Zuwanderung stellt Polizei und
11 Sicherheitsbehörden vor neue Herausforderungen, wie nicht zuletzt die schockierenden sexuellen Über-
12 griffe auf Frauen in der Silvesternacht in Köln und anderen deutschen Städten, aber auch die inakzep-
13 tablen Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte zeigen. Und spätestens mit den verheerenden Terroran-
14 schlägen in Paris und Brüssel im November letzten und im März diesen Jahres ist der Terrorismus als
15 mögliche Gefahr auch ins Bewusstsein der europäischen Bevölkerung zurückgekehrt und mit den An-
16 schlägen von Würzburg und Ansbach auch in Deutschland Realität geworden.

17 Während sich Polizei und andere Sicherheitsbehörden bei der Gefahrenabwehr und Verfolgung von
18 Straftaten immer neuen und größeren Herausforderungen ausgesetzt sehen, sind sie selbst schon seit
19 langer Zeit an ihrer Belastungsgrenze angelangt bzw. werden über diese hinaus belastet. Bedingt durch
20 diese Entwicklungen nimmt das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung immer weiter ab und weicht einem
21 Gefühl der unmittelbaren Bedrohung. Immer mehr Deutsche befürchten einen Kontrollverlust des Staa-
22 tes.² Diese Entwicklung gibt Anlass zu ernster Sorge.

23 ***Wir als Junge Union (JU) Landesverband Oldenburg haben vollstes Vertrauen in die Arbeit von Polizei***
24 ***und Sicherheitsbehörden, aber diese müssen sowohl personell als auch materiell in die Lage versetzt***
25 ***werden, die Gefahren für die innere Sicherheit effektiv zu bekämpfen.***

Bessere Ausstattung von Polizei und Sicherheitsbehörden

¹ Vgl. für alle Zahlen: Polizeiliche Kriminalstatistik 2015, S. 8 ff., im Internet abrufbar unter: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/05/pks-und-pmk-2015.html>; letzter Abruf: 06.07.2016.

² Vgl. Deutsche fürchten den Kontrollverlust des Staates, Die Welt vom 12.07.2016, im Internet abrufbar unter: <http://www.welt.de/wirtschaft/article156994682/Deutsche-fuerchten-den-Kontrollverlust-des-Staates.html>; letzter Abruf: 12.07.2016.

26 Unsere gemeinsame Sicherheit wird in Niedersachsen von etwa 23.000 Mitarbeitern der Polizei (ca.
27 18.500 Polizeibeamten und 4.500 Polizeiverwaltungsbeamten) sowie auf Bundesebene von etwa 40.310
28 Mitarbeitern (davon 33.267 Polizeivollzugsbeamten, 1.400 Verwaltungsbeamten und 5.643 Tarifbe-
29 schäftigten) sichergestellt, die bei ihrer nicht ungefährlichen Arbeit oftmals ihre Gesundheit oder gar
30 ihr Leben gefährden. Der JU Landesverband Oldenburg unterstützt die Arbeit der Polizei ausdrücklich
31 und zollt allen Polizisten Dank und Respekt für ihre Arbeit. Die Polizei ist nicht weniger als der Garant
32 unserer inneren Sicherheit!

33 In den vergangenen Jahren sieht sich die Polizei jedoch sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene
34 immer neuen Herausforderungen und Aufgaben ausgesetzt, wie etwa der Verhinderung von Terroran-
35 schlägen, der Bekämpfung von Cyberkriminalität oder zuletzt der Bewältigung der Flüchtlingskrise. Ins-
36 besondere die Registrierung der Flüchtlinge und die temporäre Wiedereinführung der Grenzkontrollen
37 haben dazu geführt, dass die Belastungsgrenze der Bundespolizei endgültig erreicht bzw. sogar über-
38 schritten wurde. Auch in Niedersachsen ist die Polizei an ihrer Belastungsgrenze angelangt. Die nieder-
39 sächsischen Polizeibeamten schieben unvorstellbare 1,45 Mio. Überstunden vor sich her.³ In anderen
40 Bundesländern sieht es nicht besser aus. Die Verantwortung dafür trägt jedoch ausdrücklich nicht die
41 Polizei, sondern vielmehr die Politik, die aufgrund von politischen Fehlentscheidungen in den vergan-
42 genen Jahrzehnten immer mehr Stellen bei der Polizei abgebaut hat.

43 **Der JU Landesverband Oldenburg setzt sich dafür ein, den Personalnotstand bei der Bundespolizei und**
44 **der niedersächsischen Polizei zu beheben.** Daher begrüßen wir ausdrücklich die von der Bundesregie-
45 rung beschlossene Aufstockung der Bundespolizei um 3.000 Stellen, auch wenn dies nur ein erster
46 Schritt sein kann und die Bundespolizei personell weiter drastisch aufzustocken ist. Wir erwarten, dass
47 auch die rot-grüne Landesregierung in Niedersachsen die Zeichen der Zeit erkennt und dem Beispiel
48 der Bundesregierung folgt. **Der JU Landesverband Oldenburg fordert die niedersächsische Landesregie-**
49 **rung daher ausdrücklich auf, in den kommenden fünf Jahren wenigstens alle freiwerdenden Stellen voll-**
50 **ständig neu zu besetzen und darüber hinaus zusätzlich 1000 neue Planstellen zu schaffen.**

51 Der JU Landesverband Oldenburg macht in diesem Zusammenhang deutlich, dass der Personalnotstand
52 nicht über die Einführung einer sogenannten „Hilfs-Polizei“ realisiert werden kann und darf. Die in der
53 Vergangenheit im Bereich der Inneren Sicherheit vorgenommenen Einsparungen stellen sich aktuell als
54 große Fehler heraus, die nicht wiederholt werden dürfen.

³ Vgl. „Polizei-Gewerkschaft klagt über 1,45 Millionen Überstunden“, Weser-Kurier vom 12.2.2016, im Internet abrufbar unter http://www.weser-kurier.de/region_artikel,-Polizei-Gewerkschaft-klagt-ueber-145-Millionen-Ueberstunden-_arid1312229.html; letzter Ab-
ruf: 06.07.2016.

55 Das Ziel der personellen Aufstockung der Polizei in Bund und Ländern kann aber nur dann erreicht wer-
56 den, wenn der Beruf des Polizeibeamten für junge Menschen wieder attraktiver wird. Dafür ist zum ei-
57 nen die finanzielle Stellung der Polizeibeamten zu verbessern. **Der JU Landesverband Oldenburg fordert**
58 **daher die Wiedereinführung der Laufbahn des mittleren Dienstes bei der Polizei. Außerdem müssen die**
59 **Gehälter der Polizeibeamten künftig automatisch entsprechend den Ergebnissen der Tarifverhandlun-**
60 **gen des öffentlichen Dienstes angepasst werden.** Zum anderen ist es zwingend erforderlich, sowohl die
61 technische Ausstattung der Polizei insgesamt als auch die persönliche Ausstattung der einzelnen Poli-
62 zisten deutlich zu verbessern, um ihnen optimale Arbeitsbedingungen zu bieten und ihnen den größt-
63 möglichen Schutz im Einsatz zu gewähren. **Wir als JU Landesverband Oldenburg fordern daher, unsere**
64 **Polizisten mit der besten Ausrüstung und der modernsten Technik auszustatten sowie den Beamten Bo-**
65 **dycams zur freiwilligen Benutzung zur Verfügung zu stellen.** Das Verbrechen, insbesondere die Organi-
66 sierte Kriminalität, darf der Polizei technisch nicht überlegen sein.

67 Da der Schutz der Polizisten und ihrer Familien für uns an erster Stelle steht, lehnen wir die von Grünen
68 und Linken geforderte Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten bei Demonstrationen und Großver-
69 anstaltungen entschieden ab. Hierbei ist es unerheblich, ob eine Kennzeichnung mit Namen oder mit-
70 tels zufällig generierter Einsatzgruppennummern – die in internen Datenbanken auf einzelne Beamte
71 zurückgeführt werden können – erfolgt. Eine solche Pflicht würde nur den Feinden unseres Rechtsstaa-
72 tes in die Hände spielen. Der JU Landesverband Oldenburg steht an der Seite der vielen Polizisten in
73 unserem Land, die ihrer Arbeit nachgehen, um der Gesellschaft ein friedliches Leben zu ermöglichen.
74 Wir lehnen eine Pauschalverurteilung von Beamten ab. Aus diesem Grund lehnen wir auch die Pläne der
75 niedersächsischen Landtagsfraktion der Grünen entschieden ab, wonach es der Polizei bei Demonstra-
76 tionen künftig verboten sein soll, Pfefferspray gegen Gewalttäter einzusetzen. **Vielmehr setzen wir uns**
77 **dafür ein, dass die Polizei in Deutschland künftig auch Gummigeschosse gegen Gewalttäter bei De-**
78 **monstrationen oder Fußballspielen einsetzen darf.** Die Grünen offenbaren mit ihrer Haltung nur einmal
79 mehr, dass sie unsere Polizei nicht als Freund und Helfer, sondern als Feind betrachten.

80 Für uns als JU Landesverband Oldenburg ist es überdies selbstverständlich, dass die Polizei für eine ef-
81 fektive Kriminalitätsbekämpfung nicht nur eine gute personelle und technische Ausstattung benötigt,
82 sondern auch über die erforderlichen rechtlichen Kompetenzen und Instrumentarien verfügen muss.
83 **Wir sprechen uns daher klar und deutlich für die Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsda-**
84 **ten sowie eine angemessene Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum aus.** Beide In-
85 strumente leisten einen enorm wichtigen Beitrag bei der Verhütung und Aufklärung von Straftaten.

86 ***Darüber hinaus sprechen wir uns dafür aus, den Militärischen Abschirmdienst aufzulösen, seine Aufga-***
87 ***ben auf den BND zu übertragen und anschließend sowohl den BND als auch das Bundesamt für Verfas-***
88 ***sungsschutz finanziell und personell deutlich zu verstärken.*** Eine wehrhafte Demokratie kann auf diese
89 vom Parlament kontrollierten Sicherheitsbehörden nicht verzichten, denn auch unsere Geheimdienste
90 leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die Innere Sicherheit in Deutschland. Gleichwohl müssen die
91 Kooperation und der Informationsaustausch zwischen den Geheimdiensten und der Polizei weiter ver-
92 bessert werden. Damit die Geheimdienste ihrem Auftrag jedoch auch gerecht werden können, muss bei
93 der parlamentarischen Kontrolle das Prinzip „so viel wie nötig, so wenig wie möglich“ gelten. Wir als JU
94 Landesverband Oldenburg lehnen die Pläne von SPD, Grünen und Linken für eine immer stärkere und
95 weitreichendere Kontrolle der Geheimdienste daher entschieden ab. Die Arbeit der Geheimdienste darf
96 nicht aufgrund von ideologischen Vorstellungen beeinträchtigt oder gar behindert werden. Aus Sicht
97 des JU Landesverbandes Oldenburg ist der Einsatz der Bundeswehr im Inland bei Terroranschlägen un-
98 ter Führung der Polizei bereits im Rahmen des geltenden Grundgesetzes ausreichend möglich. Eine wei-
99 tergehende Änderung des Grundgesetzes ist daher nicht erforderlich.

Herausforderungen durch Zuwanderung

100 Eine neue und zudem große Herausforderung für die Innere Sicherheit in Deutschland stellen auch die
101 Zuwanderung und ihre Folgen dar. Im Jahr 2015 kamen mehr als 1 Mio. Flüchtlinge – und jene, die sich
102 als solche ausgeben – zu uns nach Deutschland. Dies stellt etwa ein Prozent der Gesamtbevölkerung der
103 Bundesrepublik Deutschland dar. Bereits heute haben rund 20% der Bevölkerung einen Migrationshin-
104 tergrund. Nachdem durch große ehrenamtliche Hilfe, ohne die die Flüchtlingskrise nicht in dieser Art
105 und Weise zu bewältigen gewesen wäre, die Flüchtlinge untergebracht und versorgt wurden, müssen
106 diejenigen, die auf Dauer in unserem Land bleiben werden, nun dringend integriert werden.

107 Welche dramatischen Folgen eine misslungene Integration haben kann, zeigen die Beispiele der Pariser
108 Vororte oder des Brüsseler Stadtteils Molenbeek. Durch eine gelungene Integration derjenigen Flücht-
109 linge, die eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis in unserem Land erhalten, kann verhindert werden, dass
110 sich die zweite oder dritte Generation der im letzten Jahr zu uns gekommenen Asylbewerber, Flücht-
111 linge und subsidiär Schutzberechtigten radikalisiert oder kriminalisiert und sich so zu einer Gefahr für
112 die Innere Sicherheit entwickelt. ***Für eine erfolgreiche Integration setzen wir als JU Landesverband***
113 ***Oldenburg im Wesentlichen auf zwei Pfeiler: Bildung und Arbeit.***

114 Die wichtigste Voraussetzung ist dabei, dass die Flüchtlinge den Zugang zu Sprachkursen erhalten.
115 Denn die Sprache ist das wichtigste Werkzeug für eine erfolgreiche Integration. Dazu braucht es aber

116 genügend Lehrer, vor allen Dingen solche Lehrer, die Deutsch als Zweit- bzw. Fremdsprache vermitteln
117 können. **Daher fordern wir die niedersächsische Landesregierung auf, genügend Stellen zu schaffen und**
118 **das entsprechende Lehrpersonal einzustellen, um zu gewährleisten, dass möglichst viele Flüchtlinge**
119 **schnell unsere Sprache lernen. Dafür müssen auch bestehende bürokratische Hürden für das Unterrichten**
120 **von Flüchtlingen endlich abgebaut und Anreize für pensionierte Lehrer geschaffen werden, kurzzei-**
121 **tig wieder in den Lehrdienst einzutreten.** Nur dann können die Flüchtlinge auch zeitnah auf dem Arbeits-
122 markt eingesetzt werden. Die bisher von der Landesregierung geschaffenen Stellen sind nicht ansatz-
123 weise ausreichend und nichts Anderes als eine Blamage für das Land Niedersachsen. Zur Bildung gehört
124 für uns aber auch, dass genügend Plätze in den Integrationskursen geschaffen werden. Eine gelungene
125 Integration der Flüchtlinge und Zuwanderer durch Arbeit und Bildung stellt einen wichtigen Beitrag für
126 unsere Innere Sicherheit in Deutschland dar. Dies gilt nicht zuletzt deshalb, weil es für radikale Islamis-
127 ten, wie bspw. die Salafisten, besonders leicht ist, solche Menschen für sich zu gewinnen, die über einen
128 niedrigen Bildungsgrad und keinen oder nur einen schlecht bezahlten Arbeitsplatz verfügen. Auch aus
129 diesem Grund muss der Rechtsstaat zukünftig verhindern, dass radikale Islamisten versuchen, Mitglie-
130 der in den Flüchtlingsunterkünften zu rekrutieren.

131 Unsere Gesellschaft darf nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, dass die massive Zuwanderung
132 von Flüchtlingen auch eine erhebliche Herausforderung für die Gewährleistung der Inneren Sicherheit
133 in Deutschland darstellt. Mit den vielen Flüchtlingen, die im vergangenen Jahr zu uns kamen, sind auch
134 andere kulturelle Wertvorstellungen zu uns gekommen. Wir respektieren die kulturelle Identität jedes
135 Einzelnen, aber gleichzeitig erwarten wir von jedem, der in Deutschland Schutz sucht, dass er sich an die
136 in Deutschland geltenden Gesetze hält und unsere christlich-abendländischen Werte respektiert. Die
137 Einhaltung unserer Gesetze muss stets die unabdingbare Voraussetzung einer jeden – auch nur vorüber-
138 gehenden – Aufenthaltserlaubnis sein.

139 **Der JU Landesverband Oldenburg fordert daher, dass solche Flüchtlinge und Zuwanderer, die sich nicht**
140 **an unsere Gesetze halten und Straftaten begehen, nicht nur der Strafverfolgung zugeführt, sondern zu-**
141 **dem unter strikter Anwendung des geltenden Rechts konsequent in ihre Herkunftsländer abgeschoben**
142 **werden.** Wir als JU Landesverband Oldenburg sagen klar und deutlich: Wer in Deutschland Straftaten
143 begeht, hat sein Gastrecht verwirkt!

144 Wir fordern daher die Bundesregierung dazu auf, insbesondere durch Verhandlungen über Rückfüh-
145 rungs- und Überstellungsabkommen deutlich entschiedener als bisher dafür zu sorgen, dass Abschie-
146 bungen nicht mehr aufgrund eines mangelnden Rücknahmewillens der Herkunftsstaaten scheitern.

147 Zudem kann unser Asylverfahrensmanagement nur funktionieren, wenn nicht asylberechtigte Zuwan-
148 derer konsequent abgeschoben werden, um so diejenigen Kapazitäten freizuhalten, die für neue Asyl-
149 bewerber noch immer dringend gebraucht werden. **Der JU Landesverband Oldenburg fordert daher die**
150 **rot-grüne Landesregierung auf, endlich die Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern durchzuführen.**
151 **ren.**

152 Im öffentlichen Umgang mit der Kriminalität von Flüchtlingen und Ausländern darf es auch keine Tabus
153 geben. **Wir als JU Landesverband Oldenburg fordern die Medien und alle Landesregierungen daher dazu**
154 **auf, in der Berichterstattung über Straftaten die Herkunft der Täter oder Tatverdächtigen stets zu be-**
155 **nennen.** Anders als viele Vertreter des – überwiegend linken – Journalismus meinen, gibt es nämlich sehr
156 wohl einen Zusammenhang zwischen bestimmten Straftaten und der Herkunft der Täter. Dies haben
157 nicht zuletzt die schockierenden sexuellen Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht 2015/16 in Köln
158 und in anderen deutschen Städten gezeigt. Alle bisher in diesem Zusammenhang ermittelten Täter und
159 Tatverdächtigen sind Migranten oder Menschen mit Migrationshintergrund.

160 Die Herausforderungen der Zuwanderung von Flüchtlingen stellen ein europäisches Problem dar und
161 können nicht in bzw. durch Deutschland alleine gelöst werden. Der JU Landesverband Oldenburg spricht
162 sich daher dafür aus, dass ein neuer EU-Kommissar ernannt werden soll, welches sich der Problemfelder
163 irregulärer Migration, Schleusungskriminalität sowie Rückführung annehmen soll.

164 Zur Wahrheit gehört jedoch auch, dass es infolge der Flüchtlingskrise zu einem deutlichen Anstieg an
165 rechtsextremistisch-motivierten Straftaten gekommen ist, wie die Vielzahl von Brandanschlägen auf
166 (geplante) Flüchtlingsunterkünfte und der versuchte Mordanschlag auf die Kölner Oberbürgermeisterin
167 Henriette Reker exemplarisch zeigen. Es ist allein dem glücklichen Zufall geschuldet, dass bei den An-
168 griffen auf Flüchtlingsunterkünfte bislang noch keine Toten zu beklagen sind. **Wir als JU Landesverband**
169 **Oldenburg verurteilen diese Taten auf Schärfste und sprechen uns dafür aus, dass die Täter die volle**
170 **Härte des Rechtsstaates zu spüren bekommen.** Auch hier darf es keine falsch verstandene Rücksicht-
171 nahme geben, denn ein Angriff auf diejenigen Menschen, die bei uns Zuflucht und Schutz suchen, stellt
172 immer auch einen Angriff auf unsere unveräußerlichen Rechte und christlichen Werte dar!

Maßnahmen zur Bekämpfung der steigenden Einbruchskriminalität

173 Eine besondere Gefahr für die Innere Sicherheit in Deutschland stellt der drastische Anstieg der Anzahl
174 der Wohnungseinbruchsdiebstähle dar, da er sich unmittelbar auf das Sicherheitsgefühl der Bevölke-
175 rung auswirkt. Im Jahr 2015 wurden bundesweit 167.136 Wohnungseinbruchsdiebstähle registriert, was

176 eine Steigerung von 9,9% gegenüber dem Vorjahr (2014: 152.123 Fälle) darstellt.⁴ Die Anzahl der Woh-
177 nungseinbruchsdiebstähle hat damit ein trauriges Rekordniveau erreicht, während die Aufklärungs-
178 quote mit 15,2%⁵ weiter zurückgegangen ist. Die dadurch verursachten Schäden beliefen sich auf rund
179 441 Mio. EUR.⁶ Wesentlich schlimmer als die materiellen Schäden sind für die Opfer von Wohnungsein-
180 brüchen jedoch die psychischen Folgen. Mitunter leiden die Betroffenen so stark, dass sie sich in psy-
181 chiatrie Behandlungen begeben oder sogar aus ihrer Wohnung oder ihrem Haus ausziehen müssen.

182 ***Vor diesem Hintergrund fordert der JU Landesverband Oldenburg daher sowohl die Bundesregierung***
183 ***als auch die niedersächsische Landesregierung auf, endlich eine wirksame Strategie zur Bekämpfung der***
184 ***Einbruchskriminalität zu entwickeln, die sowohl aus präventiven als auch repressiven Maßnahmen be-***
185 ***steht.***

186 Durch die Kampagne „K-EINBRUCH“ der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes
187 (ProPK) mit dem Tag des Einbruchschutzes wird auch in Niedersachsen bereits wertvolle Präventionsar-
188 beit geleistet. Diese Präventionsarbeit sollte jedoch weiter verstärkt werden. Eine wichtige Präventions-
189 maßnahme gegen Wohnungseinbrüche stellen Maßnahmen zum Einbruchschutz an Wohnungen und
190 Häusern, wie etwa der Einbau von Alarmanlagen, Schutzbeschlägen oder von einbruchshemmenden
191 Fenstern und Rollläden dar. ***Damit möglichst große Teile der Bevölkerung in der Lage sind, ihre Woh-***
192 ***nung oder ihr Eigenheim effektiv vor Wohnungseinbrüchen zu schützen, fordern wir eine Ausweitung***
193 ***und Erhöhung der staatlichen Förderung durch die KfW für private Investitionen in den Einbruchs-***
194 ***schutz. Die Zuschüsse zu entsprechenden Investitionen sollten künftig je nach Investitionshöhe zwischen***
195 ***mindestens 200 EUR und maximal 5.000 EUR liegen, statt bislang bei maximal 1.500 EUR. Ferner sollten***
196 ***Investitionen in die Einbruchssicherung auch steuerlich besser geltend gemacht werden können.***

197 Einen wichtigen Beitrag zur Verhinderung von Wohnungseinbrüchen kann auch der Einsatz von compu-
198 tergestützten Früherkennungssystemen leisten, wie etwa von Precops (Pre Crime Observation System),
199 das mittlerweile in mehreren Bundesländern erfolgreich getestet wurde. An den sieben in- und auslän-
200 dischen Standorten, an denen Precops bislang eingesetzt wurde, lag die Zahl der Einbrüche signifikant
201 unter den Vergleichswerten.⁷ ***Wir fordern daher, entsprechende Früherkennungssysteme zeitnah und***
202 ***flächendeckend in ganz Deutschland einzusetzen.*** Die wichtigste Maßnahme zur Verhinderung von

⁴ Vgl. Polizeiliche Kriminalstatistik 2015, S. 73, im Internet abrufbar unter: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/05/pks-und-pmk-2015.html>; letzter Abruf: 06.07.2016.

⁵ Vgl. Polizeiliche Kriminalstatistik 2015, S. 73, im Internet abrufbar unter: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/05/pks-und-pmk-2015.html>; letzter Abruf: 06.07.2016.

⁶ Vgl. Polizeiliche Kriminalstatistik 2015, S. 74, im Internet abrufbar unter: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/05/pks-und-pmk-2015.html>; letzter Abruf: 06.07.2016.

⁷ Vgl. „Computer gehen auf Verbrecherjagd“, Stuttgarter Zeitung vom 5.7.2016, im Internet abrufbar unter: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.kriminalitaet-computer-gehen-auf-einbrecherjagd.9fcd315-0d03-4413-8927-cc9f3354abee.html>; letzter Abruf: 06.07.2016.

203 Wohnungseinbrüchen stellt jedoch eine starke und regelmäßige Präsenz der Polizei in den Wohngebie-
204 ten dar. Durch eine Intensivierung der Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen kann auch das Sicherheits-
205 gefühl der Bevölkerung, insbesondere in den ländlichen Regionen unseres Landes, wieder gestärkt wer-
206 den. Von besonderer Bedeutung ist dabei für uns als JU Landesverband Oldenburg, dass die Polizeiprä-
207 senz nicht nur in den Städten, sondern insbesondere auch im ländlichen Raum erheblich verstärkt wird.
208 ***Damit dieses Ziel erreicht werden kann, fordern wir die niedersächsische Landesregierung auf, nicht nur***
209 ***die Anzahl der Einstellungen in den Polizeivollzugsdienst in den kommenden Jahren deutlich zu erhöhen,***
210 ***sondern die Anzahl der Polizeidienststellen im ländlichen Raum wieder zu erhöhen und deren Öffnungs-***
211 ***zeiten in Gemeinden und Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern auf 24 Stunden auszuweiten.***

Organisierte Kriminalität⁸

212 Eine erhebliche Herausforderung für die innere Sicherheit in Deutschland stellt weiterhin die Organi-
213 sierte Kriminalität dar, auch wenn die Anzahl der wegen Organisierter Kriminalität (OK) geführten Ver-
214 fahren im Jahr 2014 mit 571 gegenüber dem Vorjahr (2013: 580) leicht gesunken ist.⁹ Die Aktivitäten
215 der Organisierten Kriminalität¹⁰ sind weit gefächert. Das Hauptbetätigungsfeld von OK-Gruppen ist da-
216 bei nach wie vor die Rauschgiftkriminalität, gefolgt von den Eigentumsdelikten, der Wirtschaftskrimina-
217 lität, Steuer- und Zolldelikten sowie dem illegalen Menschenhandel und der Förderung der Prostitu-
218 tion.¹¹

219 Die besondere Problematik im Hinblick auf die Organisierte Kriminalität liegt dabei darin begründet,
220 dass sie sich im Gegensatz zu anderen Kriminalitätsphänomenen, die sich gewissermaßen sichtbar in
221 der Öffentlichkeit zeigen, überwiegend im Verborgenen vollzieht und für die meisten Bürger unerkant
222 bleibt. Nichtsdestotrotz sind die durch die Organisierte Kriminalität verursachten Schäden enorm. So
223 belief sich die für das Jahr 2014 gemeldete Schadenssumme auf rund 540 Mio. EUR, wobei allein knapp
224 222 Mio. EUR auf die organisierte Wirtschaftskriminalität entfielen.¹² Die Täter und Tatverdächtigen im

⁸ Unter Organisierter Kriminalität versteht man das planmäßige, arbeitsteilige und auf Dauer angelegte Zusammenwirken von Straftätern, das von Gewinn- und Machtstreben bestimmt ist und bei dem gewerbliche oder geschäftsähnliche Strukturen, Gewalt oder andere Formen der Einschüchterung oder die gezielte Einflussnahme auf Personen und Institutionen des öffentlichen Lebens zum Einsatz gelangen.

⁹ Vgl. Organisierte Kriminalität – Bundeslagebild 2014, S. 4, im Internet abrufbar unter: http://www.bka.de/nn_233866/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/OrganisierteKriminalitaet/organisierteKriminalitaet__node.html?__nnn=true; letzter Abruf: 06.07.2016.

¹⁰ Unter Organisierter Kriminalität versteht man das planmäßige, arbeitsteilige und auf Dauer angelegte Zusammenwirken von Straftätern, das von Gewinn- und Machtstreben bestimmt ist und bei dem gewerbliche oder geschäftsähnliche Strukturen, Gewalt oder andere Formen der Einschüchterung oder die gezielte Einflussnahme auf Personen und Institutionen des öffentlichen Lebens zum Einsatz gelangen. Vgl. für die Definition Organisierte Kriminalität – Bundeslagebild 2014, S. 7, im Internet abrufbar unter: http://www.bka.de/nn_233866/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/OrganisierteKriminalitaet/organisierteKriminalitaet__node.html?__nnn=true; letzter Abruf: 06.07.2016.

¹¹ Vgl. Organisierte Kriminalität – Bundeslagebild 2014, S. 21, im Internet abrufbar unter: http://www.bka.de/nn_233866/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/OrganisierteKriminalitaet/organisierteKriminalitaet__node.html?__nnn=true; letzter Abruf: 06.07.2016.

¹² Vgl. Organisierte Kriminalität – Bundeslagebild 2014, S. 8 u. 23, im Internet abrufbar unter: http://www.bka.de/nn_233866/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/OrganisierteKriminalitaet/organisierteKriminalitaet__node.html?__nnn=true; letzter Abruf: 06.07.2016.

225 Bereich der Organisierten Kriminalität sind dabei in mehr als 60 Prozent der Fälle Ausländer, zumeist
226 aus Osteuropa und der Türkei.¹³

227 Die hohe Anzahl an ausländischen Tätern im Bereich der Organisierten Kriminalität ist nicht zuletzt da-
228 rauf zurückzuführen, dass die Grenzen innerhalb der Europäischen Union durch einen Wegfall der
229 Grenzkontrollen durchlässig geworden sind und sich die Menschen über die Binnengrenzen hinweg frei
230 bewegen können. Diese Entwicklung war politisch gewollt und wurde von der Jungen Union mit er-
231 kämpft. Unvergessen sind die Verbrüderungsszenen an den Schlagbäumen Ende der 1950er Jahre, als
232 junge Aktivisten mit ihrem grenzüberschreitenden Engagement die Vorläufer zum heutigen Schengen-
233 Abkommen gelegt haben. **Wir wollen auch weiterhin ein offenes und freies Europa, aber zugleich auch**
234 **eine sichere Heimat, in der sich jeder Bürger vom Staat ausreichend geschützt fühlt.**

235 Die Organisierte Kriminalität hat schon immer grenzüberschreitend gearbeitet. Sie kann daher nur dann
236 erfolgreich bekämpft werden, wenn die Zusammenarbeit und Kooperation der nationalen Sicherheits-
237 behörden in Europa weiter verstärkt und vertieft wird. Der Beschluss des Europäischen Rates vom
238 23. Juni 2008 zur Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere zur Bekämp-
239 fung des Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität („Ratsbeschluss Prüm“) stellt einen
240 wichtigen Meilenstein bei der Vertiefung der polizeilichen Zusammenarbeit in Europa dar. Der seitdem
241 mögliche automatisierte Austausch von DNA-Daten, Fingerabdrücken und Daten aus Kraftfahrzeugre-
242 gistern zwischen den Staaten bedeutet eine enorme Zeitersparnis und einen erheblichen Effizienzge-
243 winn für die Strafverfolgungsbehörden. **Dennoch müssen die bürokratischen Hürden für den automati-**
244 **schen Datenabgleich weiter gesenkt und dessen Effizienz weiter erhöht werden. Gesuchten Personen**
245 **muss es unmöglich gemacht werden, sich durch Überschreiten von Binnengrenzen den Fahndungsmaß-**
246 **nahmen zu entziehen.**

247 Einen weiteren wichtigen Baustein bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität stellen umfas-
248 sende und effiziente Kontrollen der EU-Außengrenzen dar, da zahlreiche Täter aus osteuropäischen
249 Drittstaaten stammen, die nicht Mitglieder der EU sind. Sofern einzelne Mitgliedstaaten dazu nicht in der
250 Lage sind, muss diese Aufgabe als gemeinsame europäische Aufgabe verstanden und wahrgenommen
251 werden. Außerdem müssen Polizei und Sicherheitsbehörden in den südosteuropäischen Mitgliedstaa-
252 ten wie Bulgarien und Rumänien endlich in die Lage versetzt werden, die Organisierte Kriminalität im
253 eigenen Land effektiv zu bekämpfen. Diese Staaten sind aufgrund ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten
254 und einer ineffektiven Polizei und Justiz praktisch sowohl Basis als auch Absatzmarkt der Organisierten
255 Kriminalität. **Der JU Landesverband Oldenburg fordert die Bundesregierung daher dazu auf, sich auf**

¹³ Vgl. Organisierte Kriminalität – Bundeslagebild 2014, S. 8, im Internet abrufbar unter: http://www.bka.de/nn_233866/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/OrganisierteKriminalitaet/organisierteKriminalitaet__node.html?__nnn=true; letzter Abruf: 06.07.2016.

256 **europäischer Ebene dafür einzusetzen, die finanziellen Mittel für den Aufbau einer effektiven, dem**
257 **westeuropäischen Standard genügenden, Verbrechensbekämpfung in diesen Ländern zu erhöhen und**
258 **die Verwendung dieser Mittel penibel und nachdrücklich zu kontrollieren.**

Terror

259 Paris am 7. Januar 2015: Elf Personen werden bei einem Anschlag auf die Redaktion der Satire-Zeitschrift
260 Charlie Hebdo getötet. Paris knapp elf Monate später am 13. November 2015: 352 Menschen werden
261 bei verschiedenen Anschlägen im 10. und 11. Arrondissement und vor dem Fußballstadion in Saint-
262 Denis verletzt, 130 werden getötet. Brüssel am 22. März 2016: Am Flughafen Brüssel-Zaventem sowie
263 in der Brüsseler Innenstadt werden durch Selbstmordattentate 32 Menschen getötet. Und schließlich
264 Nizza am 14. Juli 2016: Ein einzelner Terrorist tötet bei einer Amokfahrt mit einem LKW 84 Menschen
265 und verletzt 202 weitere Menschen zum Teil schwer. Hinzu kommen die kurz darauffolgenden Terror-
266 anschlüsse in Würzburg und Ansbach. Hinzu kommen zahlreiche Anschläge in der Türkei seit Beginn des
267 Jahres 2015. Diese traurige Bilanz erwähnt nur einige der Terroranschläge der vergangenen Monate. Der
268 Terror scheint sich als ständige Gefahr auch in Europa zu etablieren.

269 Im Hinblick auf die Attentate von Paris und von Brüssel bestehen noch immer viele offene Fragen. Un-
270 klar ist dabei vor allem, wie die Attentäter in die Europäische Union (EU) gekommen sind. Sicher ist
271 wohl, dass einige von ihnen als Flüchtlinge getarnt über Griechenland eingereist sind. Sicher ist aber
272 auch, dass ein Großteil der Attentäter der Anschläge von Paris und Brüssel Bürger in den Mitgliedstaa-
273 ten der Europäischen Union waren und hier geboren wurden. Die sogenannte zweite bzw. dritte Gene-
274 ration von Zuwanderern scheint sich in den Pariser Vororten und dem Brüsseler Stadtteil Molenbeek
275 fernab der öffentlichen Wahrnehmung radikalisiert zu haben.

276 Im Zuge der Ermittlungen zur Aufklärung der verschiedenen Terroranschläge wurden deutliche Ver-
277 säumnisse der nationalen Ermittlungsbehörden beim Austausch von Daten sichtbar. **Wir als JU Landes-**
278 **verband Oldenburg fordern daher, die Zusammenarbeit der verschiedenen nationalen Ermittlungsbe-**
279 **hörden in einer zentralen europäischen Datenbank zu koordinieren. Des Weiteren fordern wir, dass die**
280 **nationalen Sicherheitsbehörden dazu verpflichtet werden, diese internationale Datenbank zu konsultie-**
281 **ren, sodass sich Ermittlungsfehler wie im Vorfeld der Anschläge in Brüssel nicht wiederholen können.**

282 Viele der Menschen, die im Zuge der Flüchtlingskrise nach Deutschland gekommen sind, wurden weder
283 an der EU-Außengrenze noch an der deutschen Grenze registriert. Entweder, weil die zuständigen Be-
284 hörden schlichtweg überfordert waren oder, weil sich die betreffenden Personen der Registrierung be-
285 wusst entzogen haben, da sie gar nicht registriert werden wollten. In der politischen Diskussion kursie-
286 ren Zahlen von 350.000 bis 500.000 nicht registrierten Menschen, die sich in Deutschland aufhalten

287 (könnten) oder zumindest zeitweise aufhielten. Offizielle und belastbare Zahlen zu diesem Phänomen
288 gibt es zwar nicht, aber dennoch ist unbestritten, dass sich in Deutschland Menschen aufhalten, die nicht
289 registriert sind. Wir als JU Landesverband Oldenburg sehen es als untragbaren Zustand an, dass Men-
290 schen, die bei uns Schutz suchen, sich der Registrierung entziehen (können). Es ist das Recht und die
291 Pflicht der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Sicherheitsbehörden zu wissen, wer sich auf deut-
292 schem Staatsgebiet aufhält. Nur dann können die Sicherheitsbehörden ihrem Auftrag, die öffentliche
293 Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, überhaupt effektiv nachkommen.

294 ***Daher fordern wir die zuständigen Stellen auf, über entsprechende Mechanismen sicherzustellen, dass***
295 ***alle bisher eingereisten Menschen, die sich illegal und ohne Registrierung in unserem Land aufhalten,***
296 ***ausfindig gemacht und registriert werden. Ferner fordern wir, dass Menschen, die als Asylsuchende nach***
297 ***Deutschland kommen, nicht ohne Registrierung einreisen dürfen.*** Es muss der Grundsatz gelten: Wer
298 sich nicht registrieren lassen will und über keine gültigen Ausweispapiere verfügt, darf nicht in unser
299 Land gelangen. ***Um ausschließen zu können, dass sogenannte Schläfer über die Flüchtlingsrouten in die***
300 ***Europäische Union und nach Deutschland einreisen können, fordern wir als JU Landesverband Olden-***
301 ***burg eine europaweite Datenbank für Flüchtlinge, subsidiär Schutzberechtigte sowie Asylsuchende.*** Nur
302 mithilfe einer solchen Datenbank können vermeintliche Flüchtlinge als Terroristen oder Kriminelle
303 schnell und effektiv identifiziert werden und zum Schutze unserer inneren Sicherheit an einer Einreise
304 gehindert werden.